AKDB

Go-Live des optimierten Bund-Nutzerkontos

[24.04.2023] Die technische Basis des Nutzerkontos BundID als Authentifizierungskomponente für Verwaltungsdienstleistungen stammt von der AKDB, die jetzt ein neues Release vorgestellt hat. Damit können nun beispielsweise 3,5 Millionen Studierende ihre Energiepreispauschale online beantragen.

Damit Bürgerinnen und Bürger Zugang zur digitalen Verwaltung erhalten, benötigen sie ein Nutzerkonto. Darüber können sie sich identifizieren und Leistungen beantragen (wir berichteten). Das vom Bundesinnenministerium (BMI) bereitgestellte Nutzerkonto des Bundes – kurz BundID – basiert auf der technischen Lösung der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB). Nun berichtet der bayerische IT-Dienstleister über den Relaunch des bisherigen AKDB-Nutzerkontos unter dem Namen BundID.
Anfang März 2023 sei das Nutzerkonto in Release 6 produktiv gegangen. Dem waren nach Angaben des IT-Dienstleisters über 1,5 Jahre Planungs- und Entwicklungsarbeit vorausgegangen, inklusive einer komplette Neuentwicklung des Front Ends und einer Weiterentwicklung des AKDB-Nutzerkontos auf vielen Ebenen. Um die BundID erfolgreich auf den Weg zu bringen, sei eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit AKDB-interner wie auch externer Kräfte aus vielen Querschnitts- und Aufgabenbereichen notwendig gewesen.

Praxiseinsatz: Einmalzahlung200 für Studierende

Inzwischen seien bereits über 2,5 Millionen BundID-Konten angelegt (wir berichteten). Beim Erstellen ihrer persönlichen BundID können Nutzerinnen und Nutzer zwischen vier Identifizierungsmöglichkeiten wählen: Benutzername und Passwort, Online-Ausweis, ELSTER oder Europäische ID. Nach der erfolgreichen Identifizierung müssen lediglich persönliche Daten ergänzt und die E-Mail-Adresse verifiziert werden. Der Vorgang soll nur wenige Minuten dauern.
Kurz nach Start des BundID-Relaunchs sei die erste Bewährungsprobe mit der Anbindung des Online-Antrags Einmalzahlung200 erfolgt, so die AKDB. Das Nutzerkonto garantiere Studierenden einen sicheren Zugang zum Dienst, um ihren Anspruch auf 200 Euro zum Ausgleich der gestiegenen Energiepreise geltend zu machen. Von den eingegangenen Anträgen wurden laut AKDB schon mehr als zwei Millionen bearbeitet. Das bedeutet, dass nach nur wenigen Wochen über die Hälfte aller Online-Anträge bearbeitet wurde. Die Anbindung weiterer Online-Dienste an die BundID sei bereits in Planung. Zudem schließen sich immer mehr Länder der BundID an und entwickeln ihre eigenen Servicekonten nicht mehr weiter, so etwa Nordrhein-Westfalen (wir berichteten), Berlin, Brandenburg, Hessen, das Saarland und Sachsen-Anhalt. Das zentrale Bürgerpostfach als digitaler Rückkanal der Behörden zu den Bürgerinnen und Bürgern wird ebenfalls von der AKDB entwickelt.

(sib)

Antrag und aktuelle Statistik zur Einmalzahlung200

Stichwörter: Digitale Identität, BundID